

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altkönigsbrunn

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn in der 41. Woche vom 8. bis 12. Oktober 44.000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9.000 000 M., Einzelnummer 8.000 000 M., — M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Kopierzeile 135 M., die 90 mm breite Reklamzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schlüsselzahl: 100 000. Familienanzeigen. Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung 8000 000 M.

Nr. 238

Dresden, Donnerstag den 11. Oktober 1923

34. Jahrg.

## Ein historisches Ereignis

Die kommunistisch-sozialistische Regierung in Sachsen

(St. K.) Das sozialdemokratisch-kommunistische Kabinett ist am Mittwoch gebildet worden. Der kommunistische Partei sind das Finanz- und das Wirtschaftsministerium zugeteilt worden. Das Kabinett setzt sich demnach zusammen: Ministerpräsident: Dr. Zeigler (Soz.), Ministerium des Innern: Liebmann (Soz.), Finanzministerium: Wötcher (Komm.), Justizministerium: Neu (Soz.), Ministerium für Volksbildung: Fleißner (Soz.), Wirtschaftsministerium: Gekert (Komm.), Arbeitsministerium: Graupe (Soz.). Es scheiden von den bisherigen Ministern aus: Wirtschaftsminister Jellisch und Finanzminister Feld. Außerdem ist vereinbart worden, daß der bisherige kommunistische Parteisekretär Heinrich Brandler zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt wird.

Die obige Meldung verkündet ein Ereignis von historischer Bedeutung. Es ereignet sich hier das erstmalig in Deutschland, daß kommunistische Minister in ein Kabinett eintreten, welches auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht; das erstmalig, daß Kommunisten die unmittelbare Verantwortung mit sozialdemokratischen Ministern teilen. In dem Teil der bürgerlichen Presse, der aus der Weltgeschichte nichts zu lernen gewillt ist, wird sich, je nach Temperament und Charakter, Geheiß und Lamento erheben. Als wir mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierungscoalition eingegangen, erhob sich derselbe Spieß. Dabei bekommt mit dieser sozialistisch-kommunistischen Regierung nach außen hin nur eine längst bestehende Tatsache ihre parlamentarische Prägung: die Tatsache nämlich, daß in Sachsen eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Ruder ist. Und in Erfüllung geht eine Forderung, die die Sozialdemokratie den Kommunisten gegenüber schon immer geltend gemacht hat: daß es für die R. P. D. nicht genügt, unsere Minister im Parlament zu unterstützen, sondern daß es schon aus Gründen der politischen Pädagogik und Klarheit notwendig ist, bei dieser Sachlage auch an der Regierungsverantwortung in dem entsprechenden zahlenmäßigen Verhältnis teilzunehmen.

Die bürgerliche Presse hat gegen die neue Regierung so ziemlich alles Pulver schon verschossen, ehe sie zustande kam. Sie wird es auch künftig nicht lassen können, den „Sowjetfakten“, dem „Moskauer Joch“ und andern Unsinns zu fabeln. Die Sozialdemokratie ist damit nicht zu treffen. Sie steht auf dem Boden der Verfassung und erachtet die gegenwärtige Grundlage Deutschlands nicht nur als das Fundament der deutschen Zukunft und der Entwicklung zum Sozialismus, sondern sie wird alle Angriffe gegen dieses Fundament mit Entschiedenheit abwehren, von welcher Seite sie immer kommen mögen. Wo in Deutschland noch immer Anarchistenaufstände und kapitalistische Wülfen sich breit machen, liegt es nicht an der Verfassung, sondern am Volk. Ueber diesen unsern Standpunkt haben wir die Kommunisten weder vor dieser Regierungsombildung im Unklaren gelassen, noch werden in Zukunft von unserer Seite irgendwelche Zweifel darüber entstehen.

Wenn die Kommunisten trotz allem auf dieser Grundlage mit uns eine so weitgehende Kampfgenossenschaft eingegangen sind, so ist das mit gewissen psychologischen Verschiebungen innerhalb der R. P. D. zu erklären. Die Zentralleitung in Berlin wird nicht zugestehen, daß sich die R. P. D. gewandelt habe, aber sie wird nicht bestreiten können, daß sich die Größe der R. P. D. und damit ihre Aufgaben gewandelt haben. Es ist eine alte Geschichte, daß Parteien von gewissen Veränderungen der Zeit nicht unberührt bleiben können, daß mit ihrem Wachstum an Anhängern auch ihre Verantwortung und ihre Verantwortungsform wachsen müssen. So sind denn bis heute das Programm der Kommunisten, ihre Ideologie und Phrasologie dieselben geblieben, aber die kommunistische Seelenverfassung weicht von dem ängstlichen Ausdruck der kommunistischen Agitation bereits erheblich ab. Die Widerspiegelung der äußeren Welt ist im Denken der Kommunisten bereits in einem Widerspruch zu ihrem bisherigen Weltbild geraten. Kein Geringeres als Nabel hat zugestehen müssen, daß die Gegner des Proletariats heute so stark sind, als daß die R. P. D. trotz ihrem Wachstum an einen Sieg denken könne. Darum hat die Leitung der R. P. D. auch versucht, mit den „ehelichen nationalen Feinden“ in ein Bündnis gegen die augenblicklich schärfsten Feinde Deutschlands, gegen den deutschen und den französischen Kapitalismus, zu kommen. Deshalb ihr Werben um die berelendeten Mittelschichten, ihr Versuch, das proletari-

erte Kleinbürgerium mit agitatorischen Konzessionen zu erobern, die wir mehrfach brandmarken mußten. Die Logik der historischen Entwicklung ist jedoch stärker als alle schlauen und überchlauen Spekulationen, und so haben denn die Reaktionsdrohungen der letzten Wochen genügt, um in Sachsen und, wie wir hoffen, auch in Thüringen den engeren Zusammenstoß zwischen R. P. D. und V. S. P. D. zu einer geschlossenen Rotgemeinschaft zu ergötigen.

Wie weit Rußland dabei mitgewirkt hat, ist nicht zu kontrollieren. Aber angesichts der ganzen Situation im ehemaligen Zarenreich ist kein Zweifel, daß aus dem Osten der realpolitischen Einstellung der R. P. D. mindestens kein Hindernis herbeigeführt wird. Denn auch dort haben sich im Laufe der bolschewistischen Diktatur allerhand Wandlungen vollzogen, die auf das Denken der deutschen Moskauer von mitbestimmendem Einfluß sein müssen. In Rußland ging die Entwicklung von der Volksozialisierung zurück zum Staatskapitalismus, von der Kleinrentiererei der Sowjetdiktatoren zur Wirtsherrschaft eines durch die Hintertür hereingekommene Privatkapitalismus, gemildert durch staatliche Kontrolle. Es zeigt sich daran, wie richtig die alte sozialdemokratische Erkenntnis ist, daß kein Staat eine Entwicklungsperiode vollständig überspringen kann. Lenin und Trotzki wollten mit einem ehedem feudalistisch-agrarischen Rußland unmittelbar in die sozialistische Gesellschaft hinübersehen. Sie wurden von der Folgerichtigkeit soziologischer Gesetzmäßigkeit zurückgebrannt. Rußland muß durch den Kapitalismus hindurch, um zum Sozialismus zu gelangen. Auch die Weltrevolution, von der die Moskauer Diktatoren eine Erleichterung des unmöglichen Sprunges erhofften, mußte auf absehbare Zeit vertagt werden. Eine Mission nach der andern geriet. Heute braucht Rußland gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Dagegen ist der französische Imperialismus beider Länder drohender Gegner. Das ist die Lage. Kommunistische Minister in Deutschland können, wenn sie von ihrem bisherigen politischen Standpunkt nicht zu weit abgehen wollen, für die Sowjetgewaltigen eher einen Vorteil, denn einen Nachteil bedeuten. Erfährt die R. P. D. im Verlauf dieser Regierungstätigkeit eine realpolitische Einstellung, so hat sie hier nur endlich nach, was in Rußland längst vorgeahmt wurde — was gerade Moskau hat dagegen nichts einzuwenden.

So kann denn die sozialistisch-kommunistische Regierung ein Ereignis von großer historischer Tragweite werden. Wir wollen dieser Koalition keine Vorlaufproben spenden, solange sich dieses Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien nicht bewährt hat. Aber sicher ist, daß schon der

Versuch von der gesamten sozialistischen Arbeiterkraft Deutschlands mit Freuden begrüßt und daß der freudige Widerhall weit über Deutschlands, weit über Europas Grenzen hinaus tönen wird. Denn von hier und heute kann — wir sagen: kann! — die Einigung des gesamten sozialistischen Proletariats ausgehen. Zum mindesten bedeutet das historische Ereignis einen weiteren Schritt zu diesem Ziele, wie ja auch die Verschmelzung der S. P. D. mit der U. S. P. D. von der sächsischen Regierungsgemeinschaft ausging!

### Die neuen Minister

Finanzminister Paul Wötcher ist geboren am 2. Mai 1891 in Leipzig. Er war von Beruf Buchbinder. In den Jahren 1902/03 hatte er die Leitung des Unabhängigen „Sozialdemokrat“ in Stuttgart. Nach der Spaltung der Unabhängigen Partei trat er der kommunistischen Partei bei. Im Jahre 1921 war er politischer Redakteur im Zentralorgan der kommunistischen Partei „Die rote Fahne“. Von 1921 an gehörte er der kommunistischen Zentrale an. Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der roten Fahne bekam er den Vorstoß des Landesvorstandes der kommunistischen Partei Sachsens sowie den Vorstoß der kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtages.

Wirtschaftsminister Fritz Gekert ist 39 Jahre alt und in Chemnitz geboren. Er erlernte das Maurerhandwerk. Er war der Mitbegründer des Spartakusbundes in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Nach dem politischen Umsturz wurde er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Chemnitz und außerdem Mitglied des Reichsvollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Seit Gründung der kommunistischen Partei gehört er deren Zentrale an, in der er die Leitung der Gewerkschaftsabteilung in Händen hat.

Der neue Ministerialdirektor in der Staatskanzlei Heinrich Brandler ist geboren am 7. Juli 1881 in Wahrensdorf, entstammt einer Arbeiterfamilie, erlernte ebenfalls das Maurerhandwerk. In der kommunistischen Partei in Chemnitz war er als Bezirkssekretär und als leitender Redakteur am dortigen kommunistischen Organ „Der Schöpfer“ tätig. In der Zentrale hatte er die Leitung des politischen Komitees.

### Die ausscheidenden Minister

Finanzminister Gekert wurde am 1. November 1919 zum Minister ohne Portefeuille ernannt, vom 14. November 1918 bis 19. Januar 1919 war er auf der Reichsversammlung in Chemnitz tätig, am 20. Januar 1919 trat er als Arbeitsminister in das Kabinett ein. Am 20. Dezember 1920 übernahm er das Finanzministerium.

Wirtschaftsminister Jellisch trat am 1. Mai 1921 sein Amt an. Vorher war er an unserem Chemnitzer Parteibüro als Redakteur tätig. Beide Genossen haben unter ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen ihre Ämter in der Regierung führen müssen und ihre ganze Kraft eingesetzt, um im Interesse der arbeitenden Massen und im Sinne unserer Ideen zu wirken. Hoffentlich wird es den Genossen recht bald möglich sein, an anderer Stelle ihre Kräfte zum Besten der proletarischen Sache zu betätigen.

## Das Milliardengrab

In rasendem Tempo geht der Verfall unserer Währung fort. Gestern kam der amtliche Dollarkurs auf der Berliner Börse beinahe an die drei Milliarden heran und im freien Verkehr sind über 5 Milliarden für den Dollar gezahlt worden. In den letzten Tagen haben wir eine Markkatastrophe erlebt, die alles bisher Dagewesene hinter sich läßt, und das will gewiß viel sagen. Ist es schließlich auch ein Wunder, wenn in der Zeit der größten Not und der schlimmsten wirtschaftlichen Zerrüttung die Gewaltigen von der Schwerindustrie eine Regierungskrise hervorgerufen und viele Tage lang eine handlungsunfähige Regierung überhaupt nicht vorhanden ist?

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, herrscht die wohl nicht ganz unbegründete Ansicht, daß die Bewegung der Devisen nach aufwärts von gewissen Seiten einen unnatürlich starken Antrieb erhalte, hinter dem wahrscheinlich zum Teil politische Motive zu finden sind und daß die ganze gegenwärtige Entwicklung am Devisenmarkt übertrieben ist. Nur zu wahrscheinlich ist es, daß diese Annahme richtig ist. Denselben Leuten, die jetzt die Regierungskrise hervorgerufen haben, die den französischen General Doyenne als Werkzeug zu benutzen suchten, um dem deutschen Arbeiter eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen, ist es auch zuzutrauen, daß sie die Devisenkrise in die Höhe treiben, um der Regierung, die noch immer nicht ganz nach ihrem Geschmack ist, neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Auch die Banken tragen, wie im Berliner Tageblatt hervorgehoben wird, einen guten Teil Schuld an der rasenden Wirtsherrschaft der Mark. Auf dem regulären Wege des Devisenverkaufs bei Banken oder durch die Vermittlung von Banken, ist es nicht mehr möglich, den sofortigen und vollen Gegenwert in Papiermark zu erhalten. Die zu späte, oft um zwei bis vier Tage hinausgezögerte Entschüttung der Markverlöse bei Devisenverkäufen und die dabei entstehenden Geldverluste haben dahin geführt, daß die Verwertung von Devisen nicht mehr den normalen Weg nimmt, sondern immer mehr unter Umgehung des offiziellen Marktes und der Banken sich vollzieht.

Zunehmend größer wird die Gefahr, daß die Papiermark als Zahlungsmittel völlig versagt und es den Verbrauchern nicht mehr möglich ist, ihre bunten Papierstücke in Waren umzusetzen. Schon hat Graf Westarp in der Reichstagsdebatte die Landwirte geradezu dazu aufgefordert, ihre Zahlungsmittel gegen Papiergeld nicht mehr herauszugeben. In einer Rede im preussischen Landtag wies Genosse Minister Braun darauf hin, welche Folgen es auch für die Landwirte haben kann, wenn sie dem hungernden Volke die Herausgabe von Zahlungsmitteln verweigern. Denn besteht die Gefahr, daß die Massen zur Selbsthilfe greifen, was freilich eine völlige Anarchie zur Folge haben und die Versorgung mit Zahlungsmitteln erst recht unmöglich machen müßte.

In Berlin hat ein großer Teil der Lebensmittelhändler seine Geschäfte geschlossen und zunächst den Verkauf eingestellt, mit der Begründung, daß all die Erbsen, die den Geschäften der Verkauf der Ware bräute, sie nicht in den Stand setzten, neu-Baren heranzuschaffen. In der Tat, die Geschäfte müßten in immer größere Schwierigkeiten geraten, wenn das Geld, das sie heute einnehmen bis morgen mehr als die Hälfte seines Wertes verliert.

Auf die vielen Fehler und Tücken unserer Wirtschaft, Währungs- und Steuerpolitik, denen wir unser Geld zum Opfer Teil zu verdanken haben, ist hier schon oft hingewiesen worden. Leider hat man sich in Deutschland trotz aller Not noch immer nicht dazu aufgeschwungen, mit der nötigen Energie zu handeln, um das Übel zu mildern. Die Schaffung eines neuen, werthaltigen Zahlungsmittels ist verkannt geblieben, auch die Regierungen über sind die Vorarbeiten für die Schaffung der neuen Mark veräußert worden, die freilich auch nur ein sehr fragwürdiges Gebilde bleiben wird. Um die entscheidende Einflüsse einzunehmen, geschieht nach wie vor so gut wie nichts. In der Reichsversammlung arbeitet man fleißig an der Herstellung neuer Zahlungsmittel. Man drückt nicht nur 5- und 10-Marknoten aus, sondern es wird dem deutschen Volke zu seiner Verwertung angeteilt, und der Druck von 20-, 50- und 100-Marknoten ist bereits begonnen.